

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Band:** 32 (1953)  
**Heft:** 11-12

**Artikel:** Der Sozialismus in Dänemark, Schweden und Norwegen  
**Autor:** Fischer, Alfred Joachim  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336750>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Gewerkschaften vieler ihrer fähigsten Funktionäre beraubt, und eine neuerliche Erweiterung des Bereiches der nationalisierten Wirtschaft durch die nächste Arbeiterregierung wird diesen Zustand nur noch verschärfen. Die Antwort kann nur in einer systematischen Heranziehung eines Kadres geschulter und mit den Problemen der modernen Wirtschaft vertrauter Menschen durch die Arbeiterbewegung liegen. Die besten Sozialisierungsprogramme müssen scheitern, wenn nicht die Menschen vorhanden sind, die fähig und willens sind, sie durchzuführen!

**ALFRED JOACHIM FISCHER**

## **Der Sozialismus in Dänemark, Schweden und Norwegen**

### *Eine Betrachtung*

Nach achtzehnjähriger ununterbrochener Verantwortung stellte sich Norwegens Arbeiterpartei wieder den Wählern. Nicht selten hörte man pessimistische Voraussagen. Gemäß allen Spielregeln der Politik müßte sich die Partei – so lauteten diese Stimmen – nunmehr abgenutzt haben und ihre traditionelle Mehrheit einbüßen. Statt dessen gewann sie 78 unter 150 Sitzen.

Dabei hatte es sich die Arbeiterpartei nicht leicht gemacht. Ja, was ich nun berichten möchte, ist wohl nur in Skandinavien oder vielleicht überhaupt nur in Norwegen möglich: Die regierende Partei schuf ein neues Wahlgesetz, das ihren eigenen Erfolg in Frage stellte. Mit der bisherigen Bevorzugung großer Gruppen wurde Schluß gemacht. So hätte bei einem auch nur geringfügigen Stimmungsumschwung die Arbeiterpartei in die Minorität gedrängt werden können und ihre Position als Trägerin der letzten sozialdemokratischen Mehrheitsregierung Europas verloren.

Wer sich einer solchen Gefahr aussetzt, ist über jede Totalitätsverdächtigung erhaben. Wenn daher der norwegische Ministerpräsident Oskar Torp von der Weiterführung des sozialistischen Weges spricht, dann hat sein Sozialismus mit dem allmächtigen, unsozialistischen Staatskapitalismus der osteuropäischen Länder bestimmt nichts gemein. Vielmehr versteht er darunter eine gerechtere Verteilung des Nationalvermögens – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Diese Auffassung vom Sozialismus herrscht auch in den sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Schwedens. Mit einer ganz kurzen Unterbrechung trägt die schwedische Sozialdemokratie die Hauptverantwortung seit 1932. Sie ist nicht mehr in der parlamentarisch so glücklichen Lage wie ihre norwegische Schwesterpartei, über eine eigene sichere Majorität zu verfügen, hält sich aber hart am Rande der Hälfte aller Wahlstimmen und regiert mit den bürgerlich eingestellten Bauern harmonisch zusammen.

Schließlich ging in Dänemark aus den kürzlichen Wahlen die Sozialdemokratische Partei als relativer Sieger hervor. Sie verfügt über mehr Abgeordnete als ihre Hauptgegner, die Konservativen und Liberalen, zusammen. So bildete der sozialdemokratische Parteichef Hans Hedtoft ein Minderheitskabinett. Diese Minderheitenkabinette gehörten im Nachkriegsdänemark schon beinahe zum normalen politischen Leben. Natürlich ist es eine Kunst, von Fall zu Fall die notwendige Majorität zu finden. Hedtoft, ein glühender Demokrat, der übrigens als einer der ersten eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland suchte, hat mir diese Situation einmal folgendermaßen erklärt: «Wer mit einem Parlament arbeitet, das politisch und zahlenmäßig ein gewisses Gleichgewicht der sozialen Kräfte der Nation repräsentiert, muß eben eine ehrliche Kompromißpolitik erstreben. Diktatorisch eingestellte Leute nennen es höhnisch «Kuhhandel». Der Kompromiß ist in Wirklichkeit die Arbeitsform einer echten Demokratie mit weitgehender Rücksicht auf die Minderheit.»

Diesen etwas pathetischen Worten fügte er lächelnd hinzu: «Es fällt niemals leicht, sowohl den ‚anderen‘ wie den eigenen Genossen die Notwendigkeit des Kompromisses begreiflich zu machen.» Aus seinen ganzen Ausführungen spricht eine Mäßigung, wie sie dem dänischen Volkscharakter liegt und ohne die der Ministerpräsident dort wohl kaum Erfolge erzielen würde.

Längst ist die skandinavische Sozialdemokratie keine reine Klassenpartei mehr. In Schweden und Dänemark steht auch ein großer Teil der Intellektuellen und der Beamtenschaft hinter ihr. Welche Wandlung, wenn man die Geschichte der norwegischen Arbeiterpartei kennt! Noch bis 1923 war sie der kommunistischen Internationale angeschlossen. Ein gewisser Einar Gerhardsen wurde verhaftet, als er vor dem Königspalast mit Protestplakaten gegen Elend und Arbeitslosigkeit demonstrierte. Dieser Gerhardsen war später Ministerpräsident des gleichen Königs und ist jetzt Parteichef. Gerade er wandte sich mit aller Schärfe gegen die von den norwegischen Kommunisten angeregte Verschmelzung beider Parteien. So blieb Norwegen eine SED erspart und auch die Erkenntnis, daß der Flötenspieler mit seinen sentimentalen russischen Weisen tatsächlich nur ein Rattenfänger von Hameln war. Begünstigt durch das neue Wahlgesetz dürfen die Kommunisten wieder drei Abgeordnete in den norwegischen Storting schicken, nachdem sie vorher über keinen Sitz mehr verfügten. Aber ihre Stimmenzahl ist um ein Fünftel gesunken. In Norwegen bekennen sich fünf unter hundert Wählern zur kommunistischen Partei und in Schweden und Dänemark sogar nur knapp vier. Schwedens sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaften gehören zu den stärksten Europas. Noch niemals saß in ihrer Zentralexekutive ein Kommunist.

So entwickelte sich die Sozialdemokratie Norwegens zu einer Volkspartei.

Von vorneherein blieb ihre Fürsorge nicht allein auf die machtvoll organisierten Matrosen der Handelsflotte, die Industrie- und Hafendarbeiter beschränkt, sondern sie kämpfte auch erfolgreich für eine Verbesserung des Lebensstandards der schwächeren Wald- und Landarbeiterschaft. Darüber hinaus aber gewann man den Kleinbauern, für dessen Fortkommen sich die eigentliche, den Mittelbesitz begünstigende Bauernpartei wenig interessierte. Wenn diese Kräfte der Sozialdemokratie angehören und ihr treu bleiben, dann nur, weil sie den Radikalismus aufgab und jederlei Kollektivisierung selbstverständlich strikte ablehnt. Fast die ganze Welt spricht über Norwegens Handelsmarine, das sogenannte schwimmende Weltreich. Daneben aber existiert die Fischerflotte, und sie bietet sehr vielen Menschen dieses Wikingervolkes eine Existenz, bis zum Kriegsausgang allerdings eine sehr klägliche, denn das durchschnittliche Jahreseinkommen betrug 700 Kronen. Dadurch, daß die Arbeiterregierung moderne Fischer-Kooperativen ermutigte, bessere Arbeits- und Produktionsmethoden mit Hilfe ausgesuchter Fachleute einführte und schließlich den kleinen Mann vom großen, oft ausbeuterischen Bootsverleiher unabhängig machte, erreichte diese Bevölkerungsschicht relativen Wohlstand. Glücklicherweise über ihren neuerworbenen Besitz steht sie geschlossen hinter der Regierungspartei.

Am norwegischen Beispiel erkennt man die Massenbasis des skandinavischen Sozialismus vielleicht am besten. Während der großen Arbeiterrevolutionen war Schweden ein Agrarstaat. Noch in den achtziger Jahren lebten sieben unter zehn Schweden praktisch von der Landwirtschaft, heute weniger als drei, denn es gibt wohl kein technisch amerikanisierteres Land auf dem europäischen Kontinent.

Worauf also basiert der skandinavische Sozialismus? Die allgemein übliche Bezeichnung «Reformsozialismus» gibt uns schon einen Fingerzeig. Es fehlen die Tendenzen zu weitgehender Verstaatlichung. Was auf diesem Gebiete geschah, wurde zum größeren Teil bereits von bürgerlichen Regierungen verwirklicht und umfaßt nicht einmal den ganzen Verkehr, hingegen die Staatsbank, Post und Telephon. Beim Rundfunk ist man schon weit vorsichtiger. So legte Schwedens Regierung die Programmgestaltung dieser staatlichen Institution in die Hände eines Komitees aus Zeitungsleuten aller Parteien, um auch nur dem Verdacht der Einseitigkeit vorzubeugen. Aus den Einnahmen des Tabakmonopols finanziert sie eine vorbildliche Krankenversicherung. Schließlich bildet das norwegische und schwedische Alkoholmonopol ein interessantes Kapitel für sich, das die volkserzieherischen Grundsätze des Reformsozialismus charakterisiert.

Ohne im einzelnen auf die wenigen verstaatlichten Unternehmungen einzugehen, ist es doch bedeutungsvoll, daß sich die wichtigen Eisenvorkommen zu vier Fünfteln im Besitze des schwedischen Staates befinden und er alle

zehn Jahre ein Optionsrecht auf das restliche Fünftel hat. Auf anderen Gebieten der Wirtschaft bestehen keine nennenswerten Verstaatlichungstendenzen. Die Andersens, Petersens und Hansens brauchen also, wenn ihre Ladenglocke erklingt, nicht zu befürchten, daß statt eines Kunden der Mann mit dem Enteignungsbefehl da ist. Hingegen müssen sie sich mit einer Konkurrenz abfinden, der der *Genossenschaften und Konsumvereine*. Ihr klassisches Land ist Schweden. Offiziell überparteilich, sind sie doch in der überwältigenden Mehrheit sozialdemokratisch kontrolliert. Jede zweite schwedische Familie ist dieser Verbraucherorganisation angeschlossen, die auch auf industriellem Gebiet wirkt und sehr aktive Hausbaugenossenschaften schuf. Zwischen ihnen und der Privatindustrie herrscht freier Konkurrenzkampf. Von vorneherein aber legten sich die Kooperativen und Konsumvereine eine Beschränkung auf. In keinem Wirtschaftszweig erstreben sie ein Monopol. Von den Hausfrauen, selbst solchen, die keiner Kooperative angehören, wird ihr günstiger, preisregulierender Einfluß anerkannt.

Auch in Norwegen und Dänemark steigt der Einfluß dieser Organisationen. Ministerpräsident Hedtoft hat Lis Groes zur Wirtschaftsministerin seiner dritten Regierung ernannt. Diese Mutter von neun Kindern ist mit dem Präsidenten der Konsumvereine verheiratet und selbst in dieser Bewegung führend tätig.

Zum Reformsozialismus gehört also die *Genossenschaftsbewegung*. Seine Hauptziele sind jedoch: *Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit*, und ihnen bringt man auch jedes Opfer. So hatte die zweite Regierung Hedtoft Butter und Speck rationiert – wohlgemerkt in einem Butter- und Speckland –, um dadurch größere Exporte mit günstigen Rückwirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. Solche Opfer konnte Schweden weit früher aufgeben. Auch vor der durch den Korea-Krieg bedingten Konjunktur waren seine Facharbeiter so gefragt, daß Karikaturisten die Schlange der Unternehmer zeichneten, die um den gerade stellungslos gewordenen Svensson anstanden.

Norwegen gab seine Devisen für neue Schiffe und Industrien aus, die Arbeit schafften und verzichtete bei kalorienmäßig vorbildlicher Nahrung auf viele Annehmlichkeiten, so oft monatelang auf Fleisch und Südfrüchte. Zu seinem sozialistischen System gehört auch eine sehr strikte Preiskontrolle, die dem Handel Kopfschmerzen bereitet. Für die breiten Bevölkerungsschichten Norwegens waren die eben geschilderten Einschränkungen unwesentlich, weil sie sich jedenfalls immer noch mehr leisten konnten als früher.

Arbeitsbeschaffung und soziale Sicherheit sind natürlich auch die Ziele der in Skandinavien sehr mächtigen und zahlenmäßig bedeutungsvollen *Gewerkschaften*. Nach englischem Beispiel sind sie zu großen Teilen der Sozialdemokratischen Partei kollektiv angeschlossen. Interessanterweise legen die Arbeiterregierungen großen Wert auf gleichfalls kräftige Arbeitgeberorgani-

sationen, mit denen die von beiden Seiten rückhaltlos respektierten Tarife ausgehandelt werden können. Auch als das schwedische Kabinett noch rein sozialistisch war, wünschte es keine staatliche Intervention auf dem Arbeitsmarkt. Deswegen ermutigte es in dem schönen Kurort Saltjöbaden bei Stockholm eine ständige Körperschaft aus organisierten Unternehmern und Gewerkschaftern, die jede Streitfrage direkt zu lösen versucht. In Dänemark und Norwegen existieren ähnliche, wenn auch nicht ganz so ausgebaute Einrichtungen.

Um die soziale Sicherheit zu finanzieren, sind hohe Steuern der begüterten Schichten notwendig. Gleichzeitig bieten sie auch eine Garantie dafür, daß sich kein Individuum durch Kapitalanhäufung zur interventionierenden Macht entwickeln kann. Diese Einkommens- und Vermögensnivellierung, zu der auch hohe Erbschaftssteuern beitragen, hat einen goldenen Mittelweg geschaffen. Von oben nach unten, vor allem aber von unten nach oben, wurde soweit ausgeglichen, daß allgemeine Wohlhabenheit herrscht. Bis zu 50 000 Kronen ist beispielsweise in Schweden die Vermögenssteuer überhaupt kein Problem, und nur 100 000 Familien besitzen mehr. Zum Millionär kann man sich unter diesem Steuersystem kaum entwickeln. Als ich das seinem Schöpfer, dem alten Parteimann Wigforss gegenüber erwähnte, wehrte er lächelnd ab: «Es stimmt schon, und die reichen Leute haben mein System auch nicht gern.»

Auf sozialem Gebiet ging Dänemark unter der Ministerpräsidentschaft des alten, 1942 verstorbenen Parteiveteranen Stauning voran. Jedoch mußte es sich während der Kriegsjahre vom neutral gebliebenen Schweden überflügeln lassen. Über Kinderzuschüsse, freie medizinische Behandlung, Arbeitslosenfürsorge und Alterspensionen ist eigentlich alles vorhanden, was die soziale Sicherheit vom embryonalen Zustand bis zur Bahre gewährleistet. Als Durchschnitt verwenden diese Staaten auch ein Drittel des Budgets für solche gesellschaftlichen Zwecke oder mehr als für die Verteidigungsausgaben. Besondere Regulierungen sichern Miets- und Kostenzuschüsse für teurere Städte oder Gegenden, so daß der Lebensabend ein wirklich ungetrübter sein soll. Schweden geht vielleicht am weitesten. Dort ist die Altersgrundpension kein Recht, sondern eine Pflicht, und selbst König Gustav Adolf muß sie akzeptieren. Norwegen hatte unter dem Krieg am schwersten gelitten. Dennoch realisierte es ein Schema der Geborgenheit, das alle dort lebenden Menschen ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft sorgend umschließt und nach Nansenschen humanitären Grundsätzen wirklich an niemandem vorbeigeht, auch nicht an hoffnungslosesten Krüppeln und Schwachsinnigen. Der norwegische Sozialminister ist eine Frau. Als vorgeschlagen wurde, Kinderzuschüsse erst vom zweiten Kinde an zu gewähren, kämpfte sie erfolgreich gegen diese Anregung: «Zu meiner Jugendzeit» – lautete die sehr mensch-

liche Erklärung — «gab es Schulspeisungen erst vom zweiten Kinde an, und als Älteste bin ich leer ausgegangen, was viele Komplexe verschuldete. Ich möchte nicht, daß die Erstgeborenen der heutigen Generationen etwas Ähnliches durchmachen müssen.»

Wer heute in Skandinavien nicht für eine großzügige Sozialpolitik eintritt, gilt als hoffnungsloser Reaktionär. Deswegen wetteifern darin schon seit langer Zeit die bürgerlichen Parteien mit den Sozialisten.

Von den reformsozialistischen Parteien der drei nordischen Königreiche wird auch alles getan, um buchstäblich jedem Bürger die gleichen Bildungschancen bei gleichen Fähigkeiten zu sichern. Gelegentliche Warnungen, studierte Söhne von Arbeitern könnten sehr leicht in ein anderes politisches Lager finden, wurden stets scharf zurückgewiesen.

Schließlich möchte ich nur noch feststellen, daß die sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens vorbehaltlos für die Landesverteidigung eintreten. Die schwedische bewilligte große Summen für eine stark bewaffnete Neutralität und die dänische und norwegische, um ihre Atlantikpaktverpflichtungen loyal zu erfüllen.

So besteht also auf der ganzen Linie ein Realismus, der frei von dogmatischen Fesseln zu keiner politischen, aber zu einer großartigen gesellschaftlichen Revolution führte, unter deren Stern diese drei glücklichen Völker frei und gut leben.

## Blick in die Zeitschriften

In Nummer 9/10 der freisinnigen

«*Politischen Rundschau*»

befaßt sich Dr. Ernst Bieri mit dem Problem «*Politik und Glaube*». Er stellt dazu fest, die Kirche sei durch die Entwicklung des konfessionell homogenen Obrigkeitsstaates zum modernen liberalen Staat «in das private Leben» und «aus dem Werktag auf den Sonntag» zurückgedrängt worden. Außerdem klaffe im Raume der Kirche selbst ein gehöriger Abstand zwischen Institution und Leben. Von den Zürcher Katholiken praktizierten nur etwa 30 Prozent, und von den Protestanten dürften nur etwa 20 bis 30 Prozent mehr oder weniger regelmäßig den Gottesdienst besuchen.

Den Vorwurf aus theologischen Kreisen beider Konfessionen, der moderne Staat habe das Dasein «entchristlicht» und den Menschen aus seiner «re-ligio», d. h. Rückbindung an Gott, herausgerissen, pariert Dr. Bieri mit den Sätzen:

«Prüft man aber die Einzelheiten der vielgeschmähten ‚Säkularisation‘, so stellt man fest, daß gerade und erst sie einer Vielzahl ausgesprochen christlicher Postulate in die Rechts- und Lebensordnung Eingang verschafft hat. Das Zivil- und das Strafrecht sind geradezu getränkt mit christlicher Ethik. (Und wie steht es mit dem Strafvollzug? D. Red.) In der ‚unchristlichen‘ Staatsschule werden die Kinder zu rechtschaffenen Menschen erzogen. Die Familie wird als Zelle des Volkes und des Staates geschützt. (Hoffen wir, daß diese freisinnige Feststellung demnächst bei der Förde-